

ordentlichen Urabstimmung sei es ersichtlich, wie zu den vorliegenden prinzipiellen Anträgen auch ein Verwaltungsantrag hinzukomme. Ebenso überflüssig seien die Anträge aus Ertrastreuer gegeben. Der Verbandsvorstand hat es ja in der Hand, Ertrastreuer einzuführen. Ganz erschröckt stehe er vor dem Resultat der Urabstimmung; wie würde es bei einer Verwägung werden. Jetzt sind die Mitglieder nicht eiferwüthig für Rüstung zu einem eventuellen Kampf, so daß der Verbandsvorstand wohl Stellung nehmen muß zu einer Ertraststeuer. Wollen wir in eine allgemeine Bewegung eintreten, so müssen wir Mittel haben, um etwas durchzuführen. Die große indifferenten Masse, mit der wir rechnen müssen, tritt nur mit uns in eine Bewegung, wenn eine gut fundierte Kasse da ist. Der Streik bei Nister habe dies wieder gelehrt, die Mehrzahl hat nur Ausdauer beim Streik gezeigt, weil ihnen Unterstützung vom ersten Tage an gefehlt war. Die organisierten Arbeiter Oesterreichs seien in dieser Beziehung ein Muster. Die ersten acht Tage giebt es, wie ihm ein thätiger Genosse aus Wien sagte, keine Unterstützung und in der zweiten Woche sind die streitenden Arbeiter in manchen Branchen schon froh gewesen, wenn sie täglich einen Paß Brot erhielten. Solcher Opfermuth sei bei uns selten. — Kollege Pflau glaubt, wenn ein Verbandstag eventuell von fünf zu fünf Jahren stattfinde, so würde die Urabstimmung eine Ergänzung finden. Verschiedene Kollegen sprechen sich noch in ähnlichem Sinne aus.

Der Vorbesitz macht bekannt, daß die Vereinigten Gewerkschaften Karten für die Ausstellung zu ermäßigtem Preise haben und sind dieselben beim Verwalter des „Hirsch“ zu haben. Die Karten werden nur abgegeben an Mitglieder und deren Familienangehörige.

Mannheim. Den 20. Juni hielten wir eine Hauptversammlung ab, welche sehr gut besucht war, um über die letzte Urabstimmung und deren günstigen Resultate Stellung zu nehmen. In erster Linie kam der Stuttgarter Antrag, welcher zwei Drittel der Abstimmenden für Erhöhung der Beiträge stimmten? Die Antwort könne sich Jeder selbst geben. Daß aber, nachdem der Antrag angenommen wurde, derselbe sofort in Kraft tritt und für die nachfolgenden Anträge über Beitragserhöhung schon maßgebend sein soll, während doch alle anderen Anträge, wenn sie angenommen wären, frühestens den 1. Juni in Kraft treten würden, das wirkt verblüffend und scheint uns, daß mit dieser Arrangierung eine Vergewaltigung der anderen Anträge begewagt war und jetzt auch erreicht wurde. Die Beschlüsse der Versammlung erbob Protest gegen ein derartiges Vorgehen und sieht sich in Folge dessen veranlaßt, den von ihr gestellten Antrag (14) zur nochmaligen Abstimmung zu beantragen; im Uebrigen schließt sich die Versammlung der Hamburger Resolution über diesen Punkt in Nr. 24 unserer Zeitung an. Bei den Anträgen über Erhöhung der Beiträge stellt sich die Versammlung nach wie vor auf den Standpunkt, daß nur durch eine Erhöhung der Beiträge ein Vorwärtskommen möglich ist. Verschiedene Redner warnen sich, daß gerade einige größere Verwaltungen stellen (hauptsächlich Berlin) nichts von Erhöhung der Beiträge wissen wollen, natürlich nur um die kleineren Verwaltungen nicht zu Grunde zu rücken, wogegen sie sonst so wenig nach denselben sich richten und sie ja auch wissen, daß von jetzt ab jedes Jahr eine beträchtliche Summe an die graphische Streikasse abgeführt werden muß, somit bei unserer eigenen Kasse von einem Anwachsen bei diesem Beitrag nicht mehr die Rede sein kann. (Selbst dann, wenn der Verbandsvorstand pro 1. Juli eine kleine Ertraststeuer einführen will, mit welcher man immer Mühe hat, dieselbe hereinzubekommen und die allerdings nur der letzte Ausweg ist, wird nicht das erreicht werden, was zur Durchführung einer größeren Bewegung von Nöthen ist. Der Schreiber dieses.) Eine vollständige Reaktion käme durch die letzte Urabstimmung verfehlt zum Ausdruck, denn Stillstand ist so gut wie Nichtwiderstehen. Inzwischen war folgender Antrag eingelaufen:

„Die Mitgliedschaft Mannheim fordert den Verbandsvorstand auf, eine engere Urabstimmung über die Anträge Mannheim und Hannover (Verbandstag betreffend) baldmöglichst stattfinden zu lassen. Im Uebrigen schließt sich die Mitgliedschaft Mannheim der Hamburger Resolution (in Nr. 24) vollständig an.“

„Sämtliche Redner sprachen sich für den Antrag aus und wurde derselbe einstimmig angenommen. Ueber die Annahme des konstanten Antrages stellt sich die Versammlung genau auf den Standpunkt des Leitartikels in Nr. 24 unserer Zeitung.“

Die Versammlung hofft, daß alle Verbandsmitglieder einsehen, daß in der letzten Urabstimmung Bände genug geschaffen wurden und mit einer Urabstimmung etwas Nützliches nicht erzielt wird, und bittet die Kollegen allerorts, für einen Verbandstag zur Regelung unserer Sache und somit zum Heile des Verbandes ein Wort zu reden und dafür einzutreten.

Fürth. Als Vorsitzender der hiesigen Verwaltungsstelle der Krankenkasse sehe ich mich veranlaßt, dem in Nr. 24 der „Buchbinder-Zeitung“ mit H. unterzeichneten Bericht von hier eine Beantwortung nicht säubig zu schreiben. H. beginnt seinen Bericht: „Es ist nicht unsere Sache, die Bestalten unserer Zeitung mit Vernehmlichkeitsberichten auszufüllen (wäre aber besser, er würde solche Berichte bringen), aber wenn einmal etwas Komisches vorkommt, so

können wir uns nicht enthalten, es der Öffentlichkeit zu übergeben.“ Komisch ist es freilich, wenn Verbandskollegen sich rühmen, seit Gründung der hiesigen Organisation (1884) derselben anzugehören, und nicht direkt nichts aus dem Verband treten, um sich an den Änderungen zu rächen, weil sie dem Erlanger Verbandskollegen ihre Stimme geben. Wie schon kann doch dieser H. Berichte schreiben, unschuldboll und rein lieben sie aus, der Sachverhalt muß aber genauer angesehen werden. Wichtig ist es, drei Kandidaten waren in unserer Wahlabtheilung aufgestellt, und zwar einer aus Nürnberg (organisiert), Nürnberg war aber nicht an der Reihe solchen zu stellen; einer aus Erlangen (organisiert), Erlangen war gleichfalls nicht an der Reihe solchen zu stellen; einer aus Fürth (nicht organisiert), Fürth war an der Reihe solchen zu stellen. Unter dieser Zeit gelangte aber an uns die Mitteilung aus Nürnberg, Kollege Nibel sei als Kandidat aufgestellt, er werde aber nicht gewählt, weil er einen Streikbrecher mache. Wir warteten ruhig ab, bis in unserer letzten Hauptversammlung die Aufstellung unseres Kandidaten erfolgte. Bei Punkt „Aufstellung eines Kandidaten“ stellte ich den Antrag, von der Aufstellung Abstand zu nehmen und für den Erlanger Kandidaten einzutreten, mein Antrag wurde gleich abgelehnt, und bestand die Versammlung auf den Fürther Kandidaten. H. und Genossen waren gleichfalls in dieser Versammlung anwesend, aber keiner dieser Kollegen fand es der Mühe werth, ein Wort zu verlieren und die Wahl des Erlanger Kandidaten zu empfehlen. Selbstverständlich muß ich als Vorkämpfer für die Kandidatur des Fürther Kollegen eintreten, was auch geschah. H. hatte auch das Glück, am 30. Mai in die Wahlkommission gewählt zu werden, wo er Gelegenheit hatte, von seiner Unkenntnis zu sprechen und das Wahlrecht des Kandidaten zu beanstanden. Bei Verlesung der gestellten Anträge von den Verwaltungsstellen berichtete ein Theil der Kollegen aus deren Verlesung und Stellungnahme dazu, sie überließen es ihrem Fürther Kandidaten; hierauf kam H. ganz außer sich und beantragte unbedingt die Verlesung, zu jedem gestellten Antrag müsse der Fürther Kandidat sich erklären, was für eine Stellung er dazu einnimmt, sonst gebe er keinen Pfifferling auf die Aufstellung des Fürther Kandidaten. Seinem Wunsch wurde Rechnung getragen und jeder gestellte Antrag wurde verlesen, der Fürther Kandidat nahm hierzu seine Stellung. Punkt 11 Uhr wurde die Urne geöffnet, das Resultat bekannt gegeben; dann brach freilich der Sturm los, aber nicht nur wegen der 6 Stimmen auf den Erlanger Kandidaten, sondern insbesondere wegen des H., was aus dem oben angeführten erklärlich ist, nur weil H. nicht einmal, nachdem er seinen Willen durchgesetzt hatte, seine Stimme auf den Fürther Kandidaten abgab. Die Aufregung der Kollegen war eine große und H. konnte nichts anderes thun als sich nach drücken. Solche Hinterlistigkeiten sind wir nicht gewohnt, und seit 1884, von wo ab wir der Organisation und Krankeitskasse angehören, trat solches nie zu Tage, und hierauf sagten wir dem hiesigen Mitgliedschafts Abz. (Dieserhalb aus der Organisation zu treten ist doch mindestens löblicher. Was hat denn der Verband mit dem Streit in der Verwaltung zu thun? Wenn ein Mitglied der Krankenkasse thut, was den anderen nicht gefällt, so ist das doch eine rein persönliche Sache. Die Debatte.) Bei der nächsten Neuwahl der Krankenkasse (Juli) stehen H. schon drei Posten in Aussicht, als Vorsitzender, Kassier oder Kontrolleur, es wird für ihn dann schon etwas herausbringen, was sich aber dann mehr Zeit vergenügen, um wenigstens Samstag ins Lokal zu kommen und die Buchbinder-Zeitung in die Wappe einzuführen, denn seit einem Vierteljahr kann man solche ins Lokal in der Wappe nicht mehr finden.

J. G. Kirchner.

Leipzig. In der am 20. Juni stattgefundenen öffentlichen Vereinsversammlung hielt Herr Jacobsen einen interessanten Vortrag über: „Das Glaubensbekenntnis eines Künstlers.“ Redner zieht, gestützt auf die Anschauungen des englischen Malers Walter Crane, das Verhältnis des Arbeiters zur Kunst. In erster Linie ist es die Kunst, welche auf die Bildung fördernd wirkt; dem Arbeiter selbst die nöthige Zeit, sich mit dem Studium von Kunstwerken zu befassen und dort, wo sie ihm zugänglich sind, aufzusuchen, sich aber selbst Kunstwerke anzuschaffen fehlt dem Arbeiter das Geld. In unserer Branche ist dies sehr gut zu beobachten, denn die Buchbinder, die Kunstwerke in Tausenden von Exemplaren mit sehr oft auch künstlerischen Einbänden versehen, sind doch ganz selten in der Lage, sich die Werke und den Inhalt zu eigen zu machen, da es ihnen an dem nöthigen Geld und der Zeit mangelt. Der Mensch loht nicht um zu arbeiten, sondern er arbeitet um zu leben. Jetzt scheint es umgekehrt zu sein. Es ist Nöthig für Gewerkschaften dahin zu arbeiten, daß die Arbeitszeit so verringert wird, daß dem Arbeiter noch Zeit bleibt für seine geistige Ausbildung zu sorgen. Ein wirklich schönes und freies Leben wird jedoch der Arbeiter nur in der kommunistischen Gesellschaftsform führen können, wo Jedem das für ihn zum Leben Nothwendige garantiert wird. Die politische Freiheit allein kann uns nicht glücklich machen, die Hauptsache ist die wirtschaftliche Freiheit. Jetzt ist es die Frage des Selbstverdienens, welche dem Arbeiter so in Anspruch nimmt, daß für alles andere nicht viel mehr wie nichts übrig bleibt. — In der Diskussion hierzu nennt Kollege Zeidmann, daß bei Einführung der Maschinen und Heiligkeit in unserem Berufe die Technik bedeutend verbessert ist und an den Arbeiter zum großen Theil bedeutend höhere Anforderungen gestellt werden wie früher, wo er seine Arbeit selbständig fertigen mußte. Der Arbeiter ist gezwungen, seine Arbeit so kunstvoll wie möglich zu machen, und man kann sagen, daß in Leipzig sehr viele Arbeiten, besonders aber Decken gefertigt werden, die man wohl als Kunstwerke be-

zeichnen kann. Kollege Kloth schiebt sich diesem an, daß aber, daß der Nutzen der Maschinen ein ganz anderer sein würde, wenn er der Allgemeinheit zu gute kam und nicht nur den Einzelnen. Mit Hilfe der Maschinen ist der Arbeiter in der Lage, bedeutend mehr Arbeit leisten zu können, es ist dann nicht mehr nöthig, 10 Stunden zu arbeiten; bei der fortwährenden Verbesserung der Technik würden nur 6 Stunden und noch weniger Arbeit nöthig sein, und dann wäre der Arbeiter in der Lage, sich mit seiner geistigen Ausbildung zu beschäftigen so wie es nöthig ist. Kollege Machner nimmt Bezug auf das Schreiben des Herrn Göbke und fügt an, daß wir eine bestimmte Arbeitszeit in Leipzig gar nicht oder doch nur auf dem Papier haben, dieselbe wird einfach vom Unternehmer vorgeschrieben. Während wir bei gutem Geschäftsgang 15 und 16 Stunden arbeiten müssen, wird jetzt inklusive Pausen 8 Stunden gearbeitet, und dies ist noch zu viel, denn bei richtiger Eintheilung könnte die Arbeit in 4—6 Stunden fertig gestellt werden. Redner führt noch an, daß sich Geheimrath Professor Dr. Sohm in der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung, allerdings mit Verkaufslust, für den achtstündigen Arbeitstag ausgesprochen hat. Kollege Kloth theilt mit, daß er von Kollege B. H. Edmunds in London einen Brief erhalten habe, in welchem derselbe die Verhältnisse der englischen Organisationen schildert. Am Schluß übermittelt Edmunds die herzlichsten Grüße und Glückwünsche an die große Deutsche Union der Buchbinder und fragt an, ob vielleicht ein Delegirter zum Londoner Gewerkschaftskongress entsendet wird. Der Brief ist im Auftrage der Vereinigten Londoner Buchbinder geschrieben. Der Herr lesen will, kann denselben bei Kollege Kloth einsehen. — Es wird hierauf mitgetheilt, daß bei Baumbach & Komp. Kollegen für 26 Pf. Stundenlohn arbeiten, trotzdem der Minimallohn 35 Pf. beträgt.

Kollege Langrock theilt mit, daß der Bevollmächtigte des Verbandes am 4. Juli eine Versammlung einberufen wird, die speziell den Mitarbeiterinnen gewidmet ist.

Altenburg. Mittwoch den 17. Juni hielt die hiesige Mitgliedschaft eine Versammlung ab, woselbst unter Anderem auch über die letzte Urabstimmung berichtet wurde. Sämtliche Redner sprachen ihr Bedauern aus, daß bei der Urabstimmung alle Anträge auf Erhöhung der Beiträge, sowie Verbandstag abgelehnt wurden.

Da nun die letztere Frage unbedingt so bald wie möglich geregelt werden muß, so hat die hiesige Mitgliedschaft beschlossen, der Bevollmächtigte möge sich mit dem Verbandsvorstand in Verbindung setzen, daß dieser auf schnellstem Wege die nöthigen Schritte unternimmt, in aller Kürze einen Verbandstag einzuberufen.

Im Uebrigen schließen sich die Kollegen der Hamburger Resolution voll und ganz an. W. K.

Darmstadt. Seit acht Tagen ist hier der Kollege Otto H. H. aus Frankfurt a. M. spurlos verschwunden, ohne seine Verpflichtungen dem Verband, unserem Herbergschwitz Herrn Blome und mehreren Kollegen nachzukommen, ich warne daher alle Kollegen vor Obengenannten. Franz Bagt.

Berlin. Die Buchbinder hielten am 15. Juni eine Branchen-Versammlung bei Volk, Alte Jakobstraße 75, ab. Von einem Vortrag wird im Hinblick auf die außerordentlich schlecht besuchte Versammlung abgesehen und zum folgenden Punkt der Tagesordnung „Bericht des Vertrauensmannes“ übergegangen. Wir hören aus dem Bericht, daß in diesem Jahre 26 Berufungs-Versammlungen stattfanden und zwar von folgenden Betrieben: Gah, Mesche, Grün, Friedrichs, Eberich und Bauer, Reimann, Enders, Böhmsen, Baumbach, Agthe, Paul, Sittensfeld, Jacoby, Weichert, Woffe und Langer. Als Hauptforderungen waren aufgestellt: Bessere Reinigung der Klosetts, Anschaffung von Garbrosen, anfängliche Bekandlung, bessere Entlohnung und Bezahlung der Ueberstunden als solche. Außerdem fanden sechs Vertrauens-Delegateneinigungen und eine Branchen-Versammlung über die Eittlichkeitsberühre des Herrn Agthe gegenüber seinen Arbeiterinnen statt. Anknüpfend an Letztere verliest Kollege Bytomsky das Protokoll über die Verhandlungen mit Herrn Agthe, laut welchem derselbe beantragt, unflüchtige Arbeiterinnen zu haben und verpricht, mit seinem Personal fortan nur in geschäftsmäßigem Tone zu verkehren und die ordentlichen Löhne zu zahlen. Nachdem Kollege Bytomsky den Grund der Niederlegung seines Vertrauensmannes angegeben hat, wird von der Neuwahl eines Vertrauensmannes vorläufig bis zu einer in nächster Zeit stattfindenden Versammlung Abstand genommen.

Posten. Zum Artikel „Zur Erhöhung unserer Wochenbeiträge.“ Wiederholt giebt sich der Unwille verschiedener Kollegen kund, daß die Beitragserhöhung nicht durchgeföhren ist. Wenn unsere finanziellen Verhältnisse nicht die besten sind, so kann eine Beitragserhöhung im Sinne des Antrages Hannover ohne Weiteres nicht so leicht stattfinden, wie es so verschiedene Kollegen annehmen, welche in Folge ihres Vertriebens in der Lage sind, dies leisten zu können. Insbesondere ist unserer Mitgliedschaft in Nr. 23 der „Buchbinder-Zeitung“ von Kollege Muffel ein Vorwurf gemacht worden, welcher aber ein ganz unbedenklicher ist. (Einen Vorwurf können wir nicht finden. Kollege M. wollte ja nur sagen, daß die Löhne in Polen zu gering sind und verbessert gehören. D. Red.) Allen Anschein nach muß der betreffende Kollege gar keine Ahnung von dem Polener Verhältnisse haben. Denn in unserer Provinz giebt es außer in Polen keine Mitgliedschaft, und auch die ist nur mit schwerer Mühe ins Leben gerufen worden. Bei uns ist noch sehr die Kleinmüthigkeit zu Hause und die Ehre sind auch deshalb sehr gerückt. Wir arbeiten einige an einer Besserstellung unserer Lage, werden auch nicht abgeneigt

sein, aus eine Beitragserhöhung gefallen zu lassen, was wir auch bei der Abstimmung gezeigt haben. Wenn Kollege M. die Zahlen unserer Abstimmung genauer verfolgt hätte, so müßte er es unbedingt gefunden haben, aber die Beitragserhöhung im Sinne Hannoverers ist uns unmöglich. Sieht man sich die Resultate anderer Mitgliedschaften an, wie z. B. Berlin, wo von 1583 Mitgliedern nur 498 abgeklummt haben, und Hannover, wo von 213 gleich 161 abgeklummt haben, und andere größere Mitgliedschaften, wie Leipzig, Offenbach, Nürnberg u. s. w., welche mit ihrer Abstimmung ebenfalls nicht viel besser dastehen, so muß man sagen, daß Polen, trotzdem hier nur 19 Mitglieder sind, doch sein Mitgliedschaftes gethan hat. Also mitbin, wie schon oben erwähnt, ist der Vorwurf von Kollege M. in Nr. 13 ein ganz ungerechtfertigter. W.

Eingefandt.

Nachstehendes Arbeitsjourn wird den Kollegen nicht als Ausfluß von Humanität vorkommen, auch nicht den Eintruf machen, daß es die Bestimmung haben soll, dem damit bedachten Arbeiter sein weiteres Fortkommen zu erleichtern.

Erlangen, den 12. Juni 1896.

Zeugniss!

Der Portefeuller Erhard F. war bei uns vom 20. Januar bis 5. Juni 1896 als Geselle thätig und hat sich während dieser Zeit durch im höchsten Grade schlaupreige Arbeit und durch Denunziation seiner Meister gezeigt, weshalb wir denselben entlassen haben.

(Stempel.) Wenbler & Weinmann.

Dieses also wäre eine recht nette Empfehlung, mit welcher ein junger Mann von 19 Jahren überall Stellung finden kann!

Es wird nun aber jeder Kollege fragen: In was bestand denn die Denunziation? Vorgenannte Josephine Lederwarenfabrik, in der aber nur geringwertige Waaren aus Leder und Papier (letzteres etwas viel) fabrizirt wird, hielt es nicht für nöthig, den jugendlichen Arbeitern ihre halbstündige Frühstück- und Vesperpause zu gewähren. Von einem Arbeiter, welchem die Titulatur „Laudobus“ zu Theil wurde, wurde Anzeige erlattet, daß diese gestohlene Bestimmung nicht eingehalten wird. Als nun die Polizeibehörde diesen Fall untersuchte, versprach Herr Weinmann die Sache zu ändern; allein der Geist war wohl willig, aber das Fleisch schwach und so blieb es nach wie vor. Darüber ärgerte sich nun Kollege Erhard F. und zeigte die Geschichte an. Wie leider in vielen Geschäften, so fand sich auch hier ein Schmarober, welcher Kenntniss von dem Vorgefallenen erpalten hatte und beilte sich derselbe, die Sache sofort dem Herrn Weinmann, um sich eine Stufe höher zu bauen, zu unterbreiten, was denn die Entlassung des erwählten Kollegen zur Folge hatte. — Beiläufig der Lohnverhältnisse bleibt sehr viel zu wünschen übrig, denn zum Sterben wäre der Lohn zu viel und zum Leben ist es zu wenig! Ein erft eingefestelter Buchbinder verdient dort pro Woche 9, 10, und wenn etwas älter 11 Mk.; nach einiger Zeit, wenn nicht mehr viel zu schaffen ist, bekommt er sogar noch 1,50 Mk. weniger, gefüllt ihm diese Manipulation nicht, nun so kann er gehen! Außer der miserablen Bezahlung hat man auch noch, wenn man gefündigt hat, eine schlechte Behandlung zu gewärtigen. Saufert, Schweinhund, Kanndub und Offenbacher Schnauze, alle diese feinen Ausdrücke waren schon da, nur fehlten die Prügel noch, dann wäre alles vollkommen! —

Dolff Gp.

Hundschan.

* Zur Buchdruckerbewegung. Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Buchdrucker (siehe Notiz in voriger Nummer) findet am 13. Juli in Halle a. S. statt. Anträge sind zu Punkt 3 der Tagesordnung bereits bekannt gegeben: „Stellungnahme zu dem geplanten graphischen Kartell“ und „In wähligen Fragen hat der Verbandsvorstand eine Urabstimmung zu veranlassen“.

Der Kampf zwischen den Gegnern der Tarifgemeinschaft und den Vertheidigern derselben wird in der schärfsten Weise einflussvoll weitergeführt. Der „Correspondent“ (Organ des Verbandes) erscheint zur Zeit in jeder Nummer achtseitig, um die vielen Neuerungen für und wider die Tarifgemeinschaft und die Redaktion (Gah) die Verbandsvorstand unterbreiten zu können. Den Nummern 69 und 70 sind außerdem noch scharf gehaltene Flugblätter gegen die Tarifgemeinschaft beigegeben. In der Nummer 70 des „Correspondent“ vom 23. Juni geben die Gehilfenvertreter an der Spitze des Blattes den deutschen Buchdruckergehilfen eine Aufforderung über die Nothwendigkeit ihres Handelns“ und ihrer Theilnahme an der Sitzung des Tarifauschusses in Berlin am 17. und 18. Juni“, zugleich mittheilend, daß gemäß den Beschlüssen genannter Sitzung „der neu vereinbarte Tarif am 1. Juli d. J. zur Einführung gelangt!“ Die Institutionen des Tarifamtes, einer Tarifkassse, der Schiedsgerichte und der Arbeitsnachweise seien zurückgestellt, (die geplant gewesene) Tarifkassse sei definitiv beiligt. — In der Beilage (Huglart) zur gleichen Nummer vom 23. Juni werden nun die Theilnehmer an der Sitzung des Tarifauschusses die „Totengräber des Verbandes“ genannt, sie seien vollständig verammelt gewesen, um ihre „stanzalste Handlungsweise“ fortzusetzen; die Bekanntmachung der Gehilfenvertreter über die Gründe ihrer Mitwirkung an dieser Art soll den Kollegen nur Sand in die Augen streuen, man male als lächerliches Schrengeschrei die Zurückziehung der besüthigen Tarifpropositionen, die Nichtsignierung des Tarifs an die Wand. (Als Nachwirkung ihrer Theilnahme an der Sitzung des Tarifauschusses erklären die Gehilfenvertreter, daß sie wohl gewillt

